

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 02. Juli 2010

G-20-Gipfel: Industrieländer wollen Defizite halbieren

Am vergangenen Wochenende haben sich die G-20-Staaten in Toronto zu einer umfassenden Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichtet: Die entwickelten Industrieländer sollen bis zum Jahr 2013 ihre Defizite halbieren und bis zum Jahr 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen. Dieses Verhandlungsergebnis ist gerade mit Blick auf die überaus kontroverse Diskussion im Vorfeld des Gipfels auch ein ganz persönlicher Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. In der Debatte um die Konsolidierungspolitik hat sich die deutsche und europäische Linie in Toronto durchgesetzt.

Leider ist es den europäischen Gipfelteilnehmern nicht gelungen, beim Thema Finanzmarktsteuer eine Einigung auf der Ebene der G 20 zu erreichen. Obwohl Deutschland nichts unversucht gelassen und hartnäckig für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise geworben hat, war es nicht möglich, sich auf entsprechende Maßnahmen zu verständigen. Weder konnte man sich in Toronto auf die globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch auf eine Bankenabgabe einigen. Europa muss nun alleine voranschreiten und sich einen Ordnungsrahmen geben, der die Banken in die Verantwortung nimmt. Ich halte diese Vorgehensweise für einen vernünftigen Weg und bin sicher, dass die anderen Nationen, wie schon bei der Entschuldung der Haushalte, langfristig diesen Weg mitgehen. Hieran ist ersichtlich, wie zukunftsweisend die christlich-liberale Koalition arbeitet.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang schon Ende März Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll vom Kabinett noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Christian Wulff neuer Bundespräsident

Ich freue mich, dass Christian Wulff heute als neuer Bundespräsident in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesrat und Bundestag vereidigt wird.

Natürlich war ich enttäuscht, dass er nicht im ersten Wahlgang geschafft gewählt worden ist. Aber ich möchte mich auch nicht an Schuldzuweisungen beteiligen, sondern bin froh, dass er nun unser neuer Bundespräsident ist.

Obwohl im letzten Wahlgang die einfache Mehrheit gereicht hätte, hat Christian Wulff mit 625 Stimmen die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten.

Ich bin stolz darauf, mit Christian Wulff einen Bundespräsidenten zu haben, der über viele Jahre für das Land Niedersachsen an vorderster Stelle politische Verantwortung getragen hat. Gerade auf der Grundlage seines festgefügteten Wertefundamentes ist es ihm möglich gewesen, Brücken zu bauen und die Menschen zusammenzuführen.



Sozialdemokratischer Wahlbetrug

Nach Andrea Ypsilanti in Hessen demonstriert nun auch Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, wie glaubwürdig sozialdemokratische Wahlversprechen sind: Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen wollen die Sozialdemokraten in NRW eine Minderheitsregierung bilden, die sich im Landtag auf die Linkspartei stützen muss. In puncto Wahlbetrug stehen auch die Grünen den Sozialdemokraten in

nichts nach. Obwohl ein Parteitag vor der Landtagswahl eine Minderheitsregierung noch kategorisch ausgeschlossen hatte, drängen die Grünen nun auf den raschen Abschluss eines solchen Bündnisses.

Um eine stabile Regierung zu bilden, ist die CDU in NRW den Sozialdemokraten in den Sondierungsgesprächen weit entgegengekommen – Frau Kraft macht sich jedoch lieber

von den Wünschen einer extremistischen Partei abhängig, die nun im Landtag alles fordern kann und zu nichts verpflichtet ist. Damit stellt die Landesvorsitzende der Sozialdemokraten aus purer Machtversessenheit ihre persönlichen Interessen über die der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Für mich ist ein Paktieren mit den Nachfolgern der SED unerträglich.

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses

In dieser Woche hat der Petitionsausschuss, dem ich auch angehöre, über „Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2009“ berichtet.

Im Jahr 2009 sind knapp 19.000 Eingaben und Petitionen beim Deut-

schen Bundestag eingegangen, davon rund 6.700 auf elektronischem Wege. Einschließlich übergebener Unterschriftenlisten und elektronischer Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen wandten sich 2009 knapp zwei Millionen Menschen an den Petitionsausschuss. Auf seiner Homepage registrierten sich mehr

als 500.000 Personen, um Petitionen zu unterstützen, Beiträge im Diskussionsforum zu erstellen oder um Petitionen einzureichen. Mit rund 58.000 Diskussionsbeiträgen wurden 2009 mehr als doppelt so viele Beiträge verfasst wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen.

Unternehmen sind optimistisch. Aufschwung gewinnt an Fahrt

Die deutschen Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftssituation im Juni zum vierten Mal in Folge besser ein als noch im Vormonat. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist damit im Juni auf 101,8 Punkte gestiegen. Nach einer neuen Prognose der Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um zwei Prozent wachsen. Auf-

grund sehr guter Exportmöglichkeiten beabsichtigen unsere Unternehmen, ihre Mitarbeiterzahl nahezu unverändert beizubehalten. Die Dienstleistungsbranche plant sogar, Beschäftigung aufzubauen. Die Entwicklung des Geschäftsklimaindex und die Prognose der Bundesbank belegen eindrucksvoll, dass wir mit unseren Konjunkturprogrammen,

dem Deutschlandfonds und einer soliden Finanzpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Ich betone bereits seit langem, dass die positiven Entscheidungen der christlich-liberalen Koalition diesen erfolgreichen Weg geebnet haben.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range